



Kassel, 19. Januar 2024 | Ausgabe Nr. 143

## INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Leserinnen und Leser,

am Wochenende sind mehrere Tausend Demokrat\*innen in vielen Städten auf die Straße gegangen, um laut und deutlich Flagge gegen die AfD, gegen Rassismus und gegen Ausgrenzung zu zeigen. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie! Wir stehen wie keine andere Partei für den Kampf gegen Rechts, seit 160 Jahren verteidigen wir

unsere Demokratie gegen ihre Feinde und Verächter. Die kürzlich ans Licht gekommenen Pläne für die geplante Deportation von Millionen von Menschen zeigen, welches Gedankengut am rechten Rand unserer Gesellschaft verbreitet ist. Es erinnert an die dunkelste Zeit unserer Vergangenheit.

### Jahresauftaktklausur

Letzte Woche haben wir uns zu unserer Jahresauftaktklausur in Berlin getroffen. Wir gehen auch in diesem Jahr geschlossen, stark und mit großem Elan an die vor uns liegenden Herausforderungen. Wir arbeiten weiter an einem starken Sozialstaat und machen das Leben der Menschen leichter. Wir haben uns aber auch für eine zukunftsfähige Haushaltspolitik ausgesprochen, die eine Reform der Schuldenbremse einschließt. Denn deren starre Begrenzungen sind ein Wohlstandsrisiko für jetzige und künftige Generationen, da sie nicht genug Spielräume für starke Zukunftsinvestitionen ermöglichen. Die Schuldenbremse ist in ihrer jetzigen Form nicht mehr zeitgemäß.

### Landwirtschaft und Transformation

Am Montag haben sich die Spitzen der Ampel-Fraktionen zu

Gesprächen mit Vertreter\*innen landwirtschaftlicher Verbände getroffen, die in zahlreichen Städten seit Tagen lautstark demonstriert haben. Klimawandel und Transformation betreffen alle Bereiche – auch und gerade den Agrarsektor. Umso wichtiger ist es deshalb, im Dialog zu bleiben – das hat auch das gestrige Gespräch gezeigt, das in gegenseitigem Respekt stattfand. Wir wollen nun einen konkreten Fahrplan für einen strukturierten Dialog mit der Branche vorlegen, um bis zur Sommerpause Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die der Landwirtschaft Planungssicherheit geben. Dazu könnte u.a. eine Tierwohlabgabe gehören, um die Landwirt\*innen beim artgerechten Umbau der Tierhaltung finanziell zu unterstützen. Derzeit arbeiten die Ampel-Fraktionen auch an einem Entschließungsantrag zur Landwirtschaft. Es geht darum, unsere Landwirtschaft zukunftsfest zu machen.

### Abschied aus dem Bundestag

Nach 14 Jahren als Landtags- und Bundestagsabgeordneter begann für mich diesen Donnerstag ein neues Kapitel: Gestern wurde ich als neuer hessischer Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur vereidigt.

Euer





AUFSTEHEN GEGEN RECHTS

## EIN NEUES KAPITEL

Gestern, am 18 Januar, bin ich in das Amt des hessischen Ministers für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur ernannt worden. Ich werde eine starke Stimme für die hessischen Kultur-, Kunst-, Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen und auch für die nordhessischen Interessen am Kabinetttisch in Wiesbaden sein.

Ich freue mich auf meine neuen Aufgaben. Zugleich fällt mir der Abschied aus Berlin nicht leicht. Es war eine tolle Zeit, in der wir als SPD insbesondere in der aktuellen Wahlperiode viel bewegt haben. Meine Berliner Kolleg\*innen werden das auch weiterhin tun.

Ich hatte in den letzten 14 Jahren sowohl als Landtags- als auch als Bundestagsabgeordneter viele intensive Begegnungen, Gespräche und Veranstaltungen, habe dabei viele Menschen kennen und schätzen gelernt. Ihnen allen und vor allem meinen Wähler\*innen und Genoss\*innen danke ich für ihre Unterstützung über all die Jahre!

### SO ERREICHT IHR MICH AB SOFORT:

✉ [timon.gremmels@spd.de](mailto:timon.gremmels@spd.de)

☎ 0561 – 700 10 52

ALS HESSISCHER MINISTERS FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG,  
KUNST UND KULTUR WERDE ICH EINE STARKE STIMME FÜR DIE UNSERE  
KULTUR-, KUNST-, FORSCHUNGS- UND WISSENSCHAFTSEINRICHTUNGEN  
AM KABINETTTISCH IN WIESBADEN SEIN – GENAUSO WIE FÜR DIE  
NORDHESSISCHEN INTERESSEN.



## AUFSTEHEN GEGEN RECHTS

# WIR BRAUCHEN EINEN AUFSTAND DER ANSTÄNDIGEN!

Laut einem Bericht des Recherchenetzwerks Correctiv haben sich AfD-Vertreter\*innen im vergangenen November mit Rechtsextremen und Identitären getroffen, um Pläne für eine massenhafte Deportation von Migrant\*innen und deutschen Staatsbürger\*innen zu erörtern.

Das Vorgehen der AfD erinnert an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte: Da treffen sich AfD-Politiker\*innen mit anderen gefährlichen Rechtsextremen und Geldgeber\*innen, um eine Massendeportation von Migrant\*innen zu planen – und das ausgerechnet in Potsdam.

Das ist zutiefst verstörend und geschichtsverhöhnd. Rechtsextremismus in Reinform. Zudem ist es auch ganz klar verfassungswidrig. Und es zeigt, worauf wir schon lange verweisen: Die AfD versteckt unter dem Mantel der Bürgerlichkeit tiefe braune Abgründe.

Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen in der gesamten Republik gegen den massiven Rechtsruck, der derzeit im Land stattfindet. In- und vor allem auch außerhalb der Parlamente.

Das Gebaren der AfD und ihre Verstrickungen in rechtsextreme, rassistische Netzwerke haben wir diese Woche im Bundestag zum Thema gemacht. Es braucht eine klare, gemeinsame politische Ächtung der unsäglichen rechtsradikalen Bestrebungen durch alle demokratischen Parteien.

Widerwärtige und rassistische Deportationspläne brauchen den Widerstand der anständigen Mehrheit im Land. Allen Menschen, deren Heimat Deutschland geworden ist, die unsere Verwandten, Freund\*innen, Kolleg\*innen, Nachbar\*innen und Vereinsfreund\*innen sind, rufen wir zu: Deutschland ist unser gemeinsames Land! Lasst uns dafür einstehen, dass es so bleibt.

## STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT

# IHR GEHÖRT DAZU!

Während rechte Netzwerke widerwärtige Deportations-Pläne entwickeln, setzen wir mit unserem novellierten Staatsangehörigkeitsrecht ein starkes Signal an die Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte in unserem Land: Ihr gehört dazu!

Die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts ist ein wesentliches Fortschrittsvorhaben der Ampel-Koalition. Ein modernes Einwanderungsrecht ist nötig, um unserer vielfältigen Gesellschaft und unserem modernen Land gerecht zu werden.

Wir brauchen es für die Menschen mit Einwanderungsgeschichte: In vielen gesellschaftlichen Bereichen politisch nicht mitgestalten zu dürfen, ist ein klares Integrationshemmnis. Das beheben wir, indem wir gut integrierten Menschen früher die deutsche Staatsbürgerschaft ermöglichen. Und dies ohne, dass sie ihre Wurzeln verleugnen müssen, denn Mehrstaatigkeit lassen wir künftig grundsätzlich zu.

Zu lange hat die Gastarbeitergeneration darauf warten müssen: Ihre Lebensleistung erkennen wir nun explizit an. Wir brauchen ein modernisiertes Staatsangehörigkeitsrecht

aber auch für gebürtige Deutsche, damit auch sie künftig eine weitere Staatsbürgerschaft erhalten können. Das ist in vielen anderen Ländern bereits gelebtes Recht.

Mit einem modernisierten Staatsangehörigkeitsrecht und der damit verbundenen Möglichkeit, sich hier schneller und nachhaltiger zu integrieren, verbessern wir auch unsere Stellung im globalen Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte. Denn unsere wirtschaftliche Entwicklung und unser Wohlstand hängen vom Gewinn dringend benötigter Arbeitskräfte auch aus dem Ausland ab.

Klar ist dabei immer: Rassismus, Antisemitismus oder jede andere Form von Menschenfeindlichkeit stehen einer Einbürgerung entgegen – da gibt es keinerlei Toleranz.



KURZ  
WORT  
FERTI

## **1 Weg frei für eine nationale Wasserstoffinfrastruktur**

Bis 2045 muss Deutschland klimaneutral sein. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien setzt die Ampel dabei auf Wasserstoff. Der Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur erfolgt zweistufig. Zunächst soll bis 2032 ein 10.000 Kilometer umspannendes Wasserstoff-Kernnetz aufgebaut werden, das deutschlandweit wesentliche Wasserstoff-Standorte, etwa große Industriezentren, Speicher, Kraftwerke und Importkorridore, anbinden soll. Den Grundstein dafür haben wir bereits im Oktober 2023 mit einer Änderung des Energiewirtschaftsgeetzes (EnWG) gelegt.

In dieser Woche berieten wir nun eine weitere Änderung des EnWG, um letzte Details der Finanzierung des Kernnetzes und die Stufe Zwei der Wasserstoffinfrastrukturregulierung an den Start zu bringen.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, das Kernnetz privatwirtschaftlich zu realisieren und vollständig über Netzentgelte zu finanzieren. Diese werden zunächst gedeckelt, damit möglicherweise zu hohe anfängliche Netzentgelte den Wasserstoff-Hochlauf nicht hemmen.

Die Finanzierung aus Netzentgelten wird bis 2055 mit Hilfe eines durch den Bund geführten, sogenannten Amortisationskontos gestreckt. Die Differenz zwischen anfangs hohen Investitionskosten und geringen Einnahmen aufgrund gedeckelter Netzentgelte wird auf das Amortisationskonto verbucht und zwischenfinanziert.

Wenn später mehr Nutzer\*innen an das Netz angeschlossen sind, wird dieser Fehlbetrag auf dem Konto durch Mehreinnahmen aus Netzentgelten bis spätestens 2055 ausgeglichen. Dadurch wird sichergestellt, dass private Investitionen von Beginn an wirtschaftlich tragfähig sind und die Kosten für die ersten Wasserstoffnutzer\*innen bezahlbar bleiben. Sollten die Kosten langfristig nicht durch Netzentgelte ausgeglichen werden können, kann der Bund mit Hilfe von Zuschüssen einspringen. Alle drei Jahre soll überprüft werden, ob das Finanzierungsmodell tragfähig ist oder Anpassungen erforderlich sind.

Der Entwurf sieht vor, ein flächendeckendes Wasserstoffnetz zu entwickeln, das auf dem Kernnetz aufbaut. Dazu wird ab 2025 eine fortlaufende Netzentwicklungsplanung für Wasserstoff und Gas im EnWG geschaffen. Künftig sollen Fernleitungsnetzbetreiber und Betreiber von Wasserstofftransportnetzen alle zwei Jahre einen gemeinsamen Netzentwicklungsplan erarbeiten. Dort soll auch ausgewiesen werden, welche Gasleitungen auf Wasserstoff umgestellt werden können.

## **2 Höhere Bedarfssätze im BAföG notwendig**

Im Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist festgelegt, dass die Bedarfssätze, Freibeträge und andere Eckwerte alle zwei Jahre überprüft und gegebenenfalls neu festgelegt werden müssen. Dabei müssen etwa Lebenshaltungskosten und die Entwicklung von Einkommensverhältnissen berücksichtigt werden. Die Bundesregierung muss Bundestag und Bundesrat hierüber berichten.

Inzwischen liegt der 23. Bericht zum BAföG als Unterrichtung der Bundesregierung vor, den wir in dieser Woche berieten. Er umfasst die Jahre 2021 und 2022. Hervorgehoben wird dort, dass die Bedarfssätze und Freibeträge durch das 27. BAföG-Änderungsgesetz vom 21. Juli 2022 angehoben wurden. Der Förderhöchstsatz stieg von 861 auf 934 Euro und die Freibeträge beim Einkommen der Eltern von 2.000 auf 2.415 Euro.

Auch die Entlastungsmaßnahmen infolge der höheren Energiepreise durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine fallen in den Berichtszeitraum. So haben BAföG-Geförderte zwei Heizkostenzuschüsse in Höhe von 230 Euro und 345 Euro erhalten, zudem konnten Studierende, Fachschüler\*innen sowie Berufsfachschüler\*innen eine Energiepreispauschale in Höhe von 200 Euro beantragen.

» Fortsetzung auf der nächsten Seite



KURZ  
WORT  
FERTI

Der Bericht unterstützt den von der SPD-Bundestagsfraktion geforderten Reformkurs, das BAföG strukturell zu modernisieren und für einen dauerhaften Inflationsausgleich zu sorgen. So ist es dringend notwendig, möglichst zügig für eine weitere und regelmäßige Erhöhung von Bedarfssätzen, Freibeträgen und Wohnpauschalen, mehr Flexibilität bei der Inanspruchnahme des BAföG sowie einfachere Anträge zu sorgen. Dafür legen wir im Haushalt 2024 auch die Grundlagen. Für eine BAföG-Novelle zum kommenden Wintersemester werden 150 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen.

### **3 Gasversorgung in Deutschland langfristig sicherstellen**

Angesichts einer drohenden Gasmangellage und steigender Gaspreise hat der Bundestag im vergangenen Jahr eine Änderung im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) beschlossen, die die Betreibenden von Gasspeichern an festgelegten Stichtagen im Jahr zu bestimmten Mindestfüllständen verpflichtet.

Das führte dazu, dass der Gaspreis für Verbraucher\*innen und Unternehmen in den vergangenen Monaten gesunken ist und die Energieversorgung in Deutschland sichergestellt wurde. Die Vorschriften zu den Mindestfüllständen gelten bisher bis zum 1. April 2025. Allerdings bleibt die Lage auf dem Gasmarkt auch weiterhin volatil. Deshalb wurde in dieser Woche der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des EnWG abschließend beraten.

Der Entwurf sieht vor, die Vorschriften zu den Mindestfüllständen bis zum 1. April 2027 zu verlängern. Denn erst zu diesem Zeitpunkt werden laut Bundesregierung die landseitigen LNG-Terminals in Betrieb gehen und die Gasversorgung sichern.

Zudem wird die Möglichkeit erleichtert, das Höchstspannungsnetz temporär durch die Nutzung von Netzreservekraftwerken höher auszulasten. Bisher wurde diese so genannte temporäre Höchstauslastung über die Stromangebotsausweitungsverordnung (StaaV) geregelt und gilt nur noch bis zum 31. März 2024. Künftig wird die Frist direkt im EnWG festgelegt und bis zum 31. März 2027 verlängert. Da-

durch wird sichergestellt, dass eine Höherauslastung des Höchstspannungsnetzes einfacher umgesetzt werden kann und mehr Anlagen am Netz bleiben können. Vor allem auch diejenigen, die Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen.

### **4 Balkonkraftwerke und virtuelle Eigentümerversammlungen erleichtern**

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, den wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten, umfasst unterschiedliche Dinge. Zum einen enthält er Regelungen, die die Energiewende im Wohnbereich vorantreiben. So wird der Einbau von so genannten „Balkonkraftwerken“ erleichtert.

Künftig haben Wohnungseigentümer\*innen und Mieter\*innen einen Anspruch darauf, dass der Installation von Steckersolargeräten auf eigene Kosten zugestimmt wird, sodass sie auf ihrem Balkon Strom zur Selbstnutzung produzieren können.

So sieht der Entwurf vor, im Wohnungseigentumsrecht und im Mietrecht die Stromerzeugung durch Steckersolargeräte in den Katalog der sogenannten privilegierten Maßnahmen aufzunehmen. Sie werden darum mit ihrem Anliegen in Zukunft nicht mehr an einem Veto der Wohnungseigentümerversammlung scheitern.

Außerdem enthält der Entwurf eine Regelung zur Durchführung der Wohnungseigentümerversammlungen, wo wir noch Diskussionsbedarf sehen. Er sieht vor, dass diese Versammlungen künftig rein virtuell durchgeführt werden können, wenn sich 75 Prozent der Eigentümer\*innen dafür aussprechen.

Wir teilen das Anliegen, dass Wohnungseigentümerversammlungen auch aus der Ferne möglich sein sollen, um so schneller und effektiver Beschlüsse fassen zu können. Das Recht auf digitale Teilhabe darf aber nicht zwangsläufig andere Personen ausschließen, was bei älteren, weniger technikerprobten Wohnungseigentümer\*innen durchaus passieren würde. Diese sollen auch weiterhin die Möglichkeit haben, ihre Rechte in der Wohnungseigentümerversammlung geltend zu machen.

## BILDERGALERIE



### Ein neues Kapitel

Am Donnerstag bin ich als hessischer Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur vereidigt worden. Ich werde eine starke Stimme für die hessischen Kultur-, Kunst-, Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen und auch für die nordhessischen Interessen am Kabinetttisch in Wiesbaden sein. (Fotos: Gabriel Hanka)





AUS DER PRESSE | HNA – 11.01.2024



Stellt sich den teils wütenden Nachfragen der Besucher: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Timon Gremmels (rechts, roter Schal) erntete bei der Kundgebung Buhrufe. Im Anschluss lud er dennoch zur Diskussion ein.

FOTO: DARIA NEU

**BAUERNPROTESTE** 1700 Landwirte vor dem Regierungspräsidium

# Nur Gremmels stellt sich dem Protest

VON ULRIKE PFLÜGER-SCHERB

**LANDWIRT AUS WITZENHAUSEN**

**Aufmerksam machen auf Ungerechtigkeit**

Wie schon am Montag war auch am Mittwoch Landwirt Frank Theune aus Ellingerode mit dabei. Er hofft, wie viele seiner Berufskollegen auch, mit dem Protest auf die Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen, der sich Landwirte und Bauern gegenübersehen. Für besonders wichtig hält er die Kommunikation zwischen Politik und Betroffenen: „Es bringt nichts, im stillen Kämmerlein in Berlin etwas zu beschließen, ohne mit den Menschen, die es letztendlich betrifft, zu sprechen“, sagt er. Man müsse langfristig planen können, „wir denken hier in Generationen“, sagt er. Mit zwei Schleppern ging es von seinem Hof im Witzenhäuser



**Frank Theune**  
Landwirt aus Witzenhäuser

Stadtteil Ellingerode aus nach Kaufungen. Aus dem Werra-Meißner-Kreis nahmen Bauern mit mehr als 50 Fahrzeugen am Protest teil. Die Landwirtinnen und Landwirte kamen aus nahezu allen Gemeinden des Werra-Meißner-Kreises zusammen, teilt Stefanie Wittich-Vogel vom Kreisbauernverband mit. Von Kaufungen ging es für die Landwirte im Konvoi in die Innenstadt. hbk FOTO: PRIVAT

**LANDWIRT AUS HOFGEISMAR**

**Beschlüsse nochmal überdenken**

Auch Justus Faupel aus Hofgeismar steht um 8.30 Uhr mit seinem Deutz bei den Keler Teichen. Hier hatten sich die Landwirte und ihre Unterstützer aus Hofgeismar und Umgebung für die Fahrt nach Kassel am Morgen getroffen. Der 18-Jährige macht seine Ausbildung zum Landwirt in einem Lehrbetrieb, hilft aber auch auf dem Hof seiner Eltern mit. Seine Familie betreibt auf rund 90 Hektar Ackerbau und eine Pferdezucht in Hofgeismar. Er erhofft sich von der Protestwoche, dass die Regierung ihre Beschlüsse nochmal überdenkt, sagt er. Er und seine Familie seien in den Beschlüssen der Ampel-Koaliti-



**Justus Faupel**  
Landwirt aus Hofgeismar

on die Existenzen vieler Bauern bedroht. Allein der Wegfall der Agrardiesel-Subventionen würde für einige Betriebe schon schwerwiegende finanzielle Auswirkungen haben. „Bei uns wären das ungefähr 3000 Euro pro Jahr“, sagt Justus Faupel. Für ihn ist klar: „Wir wollen diese Woche auf jeden Fall weiter präsent sein.“ Gegen 9 Uhr startet er in Richtung Kassel. ldi FOTO: LEO DIETRICH

**SPANGENBERG**

**Anliegen ist deutlich geworden**

Es war eine gelungene Veranstaltung, sagt Karsten Jakob über die Demonstration der Landwirte in Kassel. Der Landwirt war am Morgen mit anderen Bauern um 7.30 Uhr von seinem Heimatort, dem Spangenberg Stadtteil Pflieffe, zum Startpunkt nach Kaufungen aufgebrochen. Dort kam Jakob um 9.30 Uhr an. Der Konvoi zog ab 9.45 Uhr in Richtung Regierungspräsidium. „Es war so voll, dass wir auf der dafür vorgesehenen Straße keinen Platz mehr bekommen haben und in einer Nebenstraße parken mussten“, berichtet er. Auch die Kundgebung sei friedlich verlaufen. „Nur bei der Rede eines SPD-Politikers hat es Buhrufe gegeben“, sagt Jakob. „Ich denke, unser Anliegen ist deutlich geworden. Es ging uns auch darum, die Menschen mitzunehmen und ihnen zu zeigen: Ihr Essen kommt von uns, nicht aus Supermärkten wie Edeka und Aldi.“ Die Passanten hätten sich den Landwirten gegenüber wohlwollend gezeigt. Jetzt hofft Jakob, dass die Regierung von ihren Sparplänen bezüglich der Bauern Abstand nimmt. „Ansonsten werden wir so lange weitermachen wie nötig“, sagt er. FOTO: PRIVAT



**Karsten Jakob**  
Landwirt aus Spangenberg

**LANDWIRT AUS TODENHAUSEN**

**Viele Junglandwirte mit Zukunftsängsten**

„Ich bin zufrieden mit der Resonanz“, sagt Rainer Ochs, stellvertretender Vorsitzender des Regionalbauernverbands Kurhessen und Vollerwerbslandwirt aus Todenhäuser (Schwalm-Eder-Kreis). Rund 100 Teilnehmer hatten sich für die Sternfahrt ab Wabern angemeldet. Tatsächlich, so aber ein Sprecher der Polizeidirektion Schwalm-Eder, führen rund 300 Fahrzeuge von der Zuckerfabrik in Kaufungen nach Kassel. „Ich hoffe, dass die Kundgebung dort ruhig bleibt. Die Stimmung ist angespannt. Es rumort in der Branche“, sagt Ochs vor der Abfahrt. Mehr als 30 Kilometer sind es für ihn und seine Mitstreiter bis nach Kassel. cz FOTO: PETER ZERHAU



**Rainer Ochs**  
Regionalbauernverband Kurhessen

Unter den Teilnehmern seien viele Junglandwirte, die Zukunftsängste hätten. Ziel der Aktionen sei, ein politisches Einlenken zu bewirken. Die Regierung stelle nicht nur die Landwirtschaft, sondern den gesamten Mittelstand in Frage. Deshalb hätten sich auch mittelständische Unternehmen und Expeditionen dem Konvoi ab Wabern angeschlossen. lzf FOTO: MARKUS LORENZ

**LANDWIRT AUS NIESTETAL**

**„Wir brauchen eine solide Politik“**

Erich Schaumburg ist Landwirt des Gut Windhausen in Niestetal und Vorsitzender des Kreisbauernverbands Kassel. Er besitzt einen Ackerbaubetrieb mit etwa 300 Hektar Fläche. Bei den Protesten führte Schaumburg gestern die Kolonne an, die in Kaufungen-Papierfabrik startete. Er fordert, dass der Agrardiesel und die Kfz-Steuerbefreiung bleiben. „Wir brauchen eine solide Politik, die uns Rahmenbedingungen schafft, um unsere Betriebe nachhaltig zu entwickeln.“ Wichtig sei für die Betriebe Verlässlichkeit. Derzeit habe er allerdings den Eindruck, dass die Maßnahmen der Bundesregierung nicht



**Erich Schaumburg**  
Landwirt aus Niestetal

durchdacht seien. Seine Forderungen brachte er auf der Kundgebung gestern auch als Redner zum Ausdruck. Schaumburg sagt, er sei positiv überrascht, wie viele Bauern sich an den Protesten beteiligten. Zudem freue er sich darüber, dass sich viele Menschen am Straßenrand in Kassel mit ausgestrecktem Daumen oder Jubel solidarisch mit den Bauern zeigten. lzf FOTO: MARKUS LORENZ

**LANDWIRT AUS DEM KREIS HERSFELD-ROTEBURG**

**Druck auf Politik weiter hochhalten**

An der Demonstration der Landwirte vor dem Regierungspräsidium haben sich am Mittwoch auch weit über 100 Landwirte aus dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg beteiligt. Etwa 30 von ihnen waren mit Traktoren nach Kassel

gefahren. Weitere 100 mit Autos in Fahrgemeinschaften. Das teilte Kreisbauernverbandsvorsitzender Jörg Schäfer aus Alheim-Niedergude mit. Er zeigte sich am Telefon überwältigt davon, wie sich seine Berufskollegen in den vergangenen Tagen präsentierten. „Ich bin erfreut darüber, wie massiv wir



**Jörg Schäfer**  
Kreisbauernverbandsvorsitzender Hersfeld-Rotenburg

unseren Forderungen Nachdruck verleihen und auch darüber, wie geordnet das alles abläuft“, sagte Schäfer auf Nachfrage. Aus seiner Sicht gelte es, den Druck auf die Politik weiter hochzuhalten. „Wir müssen auch hinsichtlich des immer weiter wachsenden Bürokratismus tätig werden, damit wir Landwirte un-

serer eigentlichen Arbeit auf dem Feld und im Stall nachgehen können“, so Schäfer. Das gelte auch hinsichtlich mancher Verordnung, die nicht zeitgemäß sei, wie beispielsweise das Düngerverbot bei Nachtfrost. „Wir müssen die Befahrbarkeit unserer Felder schon ausnutzen dürfen“, erklärte Schäfer. rey FOTO: PRIVAT

pommern) und Ministerpräsident Stephan Weil (Niedersachsen) an den Sparbeschlüssen der Bundesregierung würden Anlass zur Hoffnung geben.

Früher sei nicht alles besser gewesen, sagte Klapp. Keiner wolle zurück zu der Zeit, als die Äcker mit Pferdefuhrwerken bestellt wurden sind. Aufgrund der schweren Ar-

beit hätten die Menschen früher mit 60 so ausgesehen wie heute mit 85 Jahren. Um zu unterstützen, wie sehr die Bauern auf günstiges Agrardiesel angewiesen sind, fuhr

ein Fuhrwerk mit zwei Pferden vor. „Links Lotte, rechts Liesel, so geht Acker ohne Diesel“, kommentierte Klapp. Bis die Sache mit dem Diesel nicht vom Tisch sei,

würden die Landwirte weiter protestieren, kündigte zum Abschluss Erich Schaumburg, Vorsitzender des Kreisbauernverbands Kassel, an. Dafür gab es großen Beifall.

Timon Gremmels

Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel  
0561 – 700 10 52



timon.gremmels@spd.de  
www.timon-gremmels.de  
TimonGremmels

@gremmels  
BlueSky @timon.gremmels.bsky.social